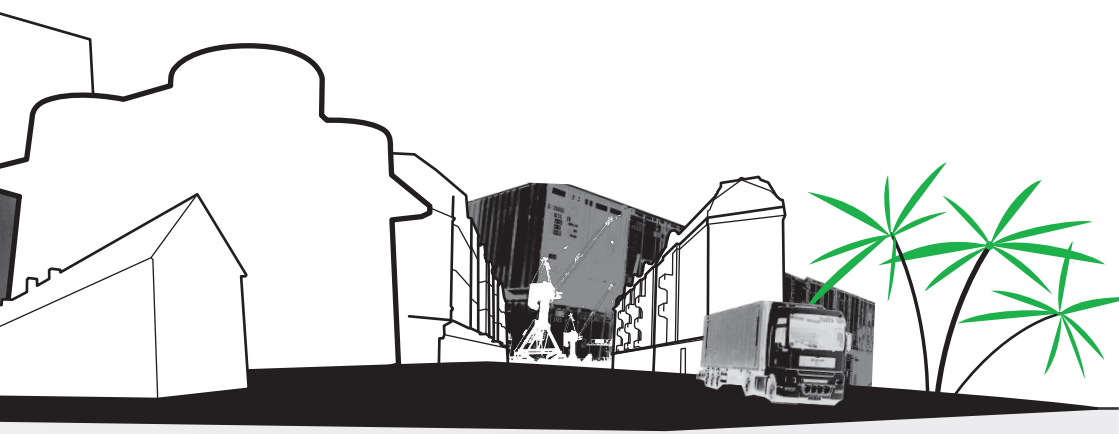
Die Insel denen, die darauf wohnen!

Momentaufnahme einer unsozialen Wohnungs- und Aufwertungspolitik

vom Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg (AKU)



Inhalt

Stadt im Fluss 3

Stadt als Beute – Stadt als Ware 6

Kleine und große Fische –
zur Rolle des Wohnungsbauunternehmens SAGA-GWG 12

Weimarer Straße –
die IBA, die SAGA und ihr „Weltquartier“.....15

Die Rolle der Wohnungsbau-Genossenschaften 25

MigrantInnen im Aufwertungsprozess.....29

Es bewegt sich etwas im Stadtteil.....35

Stadt im Fluss

Die Elbinsel verändert sich – und alle sollen dafür sein. Es gibt schließlich jede Menge Probleme, die gelöst werden wollen. Doch wo liegen die dringenden Probleme der BewohnerInnen und was verändert sich tatsächlich im Stadtteil? Viele Menschen zwischen Norder- und Süderelbe – ob nun im Reiherstiegviertel, auf der benachbarten Veddel, in Kirchdorf-Süd oder im Quartier Weimarer Straße – schuften im Niedriglohnbereich oder sind erwerbslos, leiden unter dem alltäglichen Rassismus, der Willkür von Hartz IV, steigenden Mieten und haben zu wenig persönliche Freiheit. Viele fühlen sich vom Krach und Gestank der Hafenindustrie und des Güterverkehrs belästigt.

Kaum eines dieser Probleme steht wirklich im Fokus der angestrebten Veränderung. Wilhelmsburg soll aus Sicht der am „Sprung über die Elbe“ beteiligten Akteure in erster Linie „attraktiver“ werden. Hieran sind vor allem der Hamburger Senat mit der IBA Hamburg GmbH[1], die städtische SAGA-GWG sowie andere große Wohnungsbauunternehmen, viele private Hauseigentümer, die Handelskammer und auch Interessenvertretungen der Kleingewerbetreibenden interessiert. Wilhelmsburg wird mit blumigen Worten und in glänzenden Broschüren beworben („Größte Flussinsel Europas“) und mit Attributen wie „urban“, „grün“ oder „idyllisch“ versehen. Ein neues Image für den „gleich gegenüber“ der noblen HafenCity gelegenen Stadtteil soll her – und viele hoffen, von den Veränderungen zu profitieren. Die Aufhübschung der Viertel ist jedoch weniger ein Angebot an die Menschen, die hier bereits wohnen, sondern vielmehr für all jene gedacht, die

1 Die IBA Hamburg GmbH ist die Betreibergesellschaft der internationalen Bauausstellung in Hamburg, eine 100%ige Tochter der Freien und Hansestadt Hamburg

noch kommen sollen: Zahlungskräftigere Bevölkerungsgruppen für einen auf das Reiherstiegviertel fokussierten „Multi-Kulti-Stadtteil“, der besser heute als morgen eine neue Schanze werden soll. Das wird gefeiert: Open-Air-Events machen Stimmung und überdecken den störenden Verkehrs- und Industrielärm.

Was verändert sich noch? Häuser und Wohnungen werden verkauft, die Eigentumsstruktur verändert sich. Neue Cafés und Restaurants eröffnen, die auf einen spezielleren Geschmack abzielen. Das Wohnumfeld wird hübsch gemacht. Ein schleichender Bevölkerungsaustausch hat bereits eingesetzt. Die Mieten steigen nicht selten um satte 20%, mit Neuvermietungen wird besonders gut verdient. Zu den bereits bestehenden Problemen hat sich ein neues hinzu gesellt: die ganz reale Gefahr, aus dem eigenen Viertel durch eine unsoziale Wohnungs- und Aufwertungspolitik verdrängt zu werden. Ist dieser Zug noch zu stoppen? Wir sagen: Ja! Nicht die BewohnerInnen müssen ausgetauscht werden, sondern die Politik. Wir meinen, dass es sich nicht um ein persönliches Problem jeder und jedes Einzelnen handelt, keine Kohle oder den falschen Pass zu haben. Wir sollten uns vielmehr zusammentun, um etwas gegen die entwürdigende Behandlung auf den Ämtern zu unternehmen oder uns gegen die Erhöhung der Mieten zu wehren. Wir sehen die bunten Plakate, hören von den vielen Wohltaten von IBA und Senat. Aber wir sind unzufrieden, weil die Situation in den Schulen nach wie vor eine Katastrophe ist, weil viele in dieser reichen Stadt kaum genügend Geld zum Überleben und nicht genügend Luft zum Atmen haben.

Soll „die neue Schanze“ werden: nördliches Reiherstiegviertel

Wir sind wütend. Wir wollen nicht, dass es bleibt, wie es ist. Auch wir wollen etwas verändern. Aber dazu brauchen wir keine Imagepolitik, die nur zur Inwertsetzung des Viertels führt, sondern ein besseres Leben für alle. Alle, die möchten, sollen auf der Elbinsel bleiben können. Aus diesem Grund haben wir, der Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg (AKU), uns Gedanken über Ursachen und Wirkungen der aktuellen Wohnungs- und Aufwertungspolitik in Wilhelmsburg gemacht, die nachstehend etwas näher ausgeführt werden sollen.

Stadt als Beute – Stadt als Ware

Seit den späten 1970er Jahren ist in westlichen Metropolen eine Trendumkehr in Bezug auf innenstadtnahe Viertel als Wohn- und Konsumort zu beobachten: Bis dahin hatte man innerstädtische (Altbau-)Quartiere jahrzehntelang aufgegeben. Die Folgen waren Investitionsstopp, baulicher Verfall, Wegzug der Mittelschichten in Häuschen am Stadtrand – bei Verbleib bzw. Ansiedlung von Armen, Alten und MigrantInnen. Seit den 1980ern gelten diese Quartiere für neue Zielgruppen wie vermögende Singles und kinderlose Paare zunehmend wieder als attraktiv. Für diesen Prozess hat sich in der internationalen Debatte der Begriff „Gentrifizierung“ eingebürgert. Dieser Begriff wurde erstmals 1963 von der britischen Geografin Ruth Glass benutzt, die damit den steigenden Anteil von Angehörigen der Mittelklasse in Londoner ArbeiterInnenvierteln beschrieb. Sie verglich die dadurch hervorgerufene Verdrängung von Haushalten mit weniger Geld mit dem Zuzug des niederen Landadels (der sogenannten „gentry“) in die Städte der frühen Neuzeit. Der Begriff „Gentrifizierung“ steht für den mit Hilfe von Marktmechanismen stattfindenden Austausch der BewohnerInnen eines Wohnviertels. Die Verdrängung ärmerer Haushalte ist Wesen und Ziel der Gentrifizierung und kein unerwünschter Nebeneffekt.

Die Elbinsel wird erst jetzt von dieser Entwicklung getroffen: Nach der Sturmflut von 1962 sollten einige Teile der Insel als Wohngebiete aufgegeben werden; auch das Reiherstiegviertel war als Flächenreservoir für Hafenerweiterungen vorgesehen. Zugleich gab es die Notwendigkeit, die in verstärktem Umfang angeworbenen „GastarbeiterInnen“ unterzubringen. Zum Abriss vorgesehene Wilhelmsburger Wohnhäuser boten sich an, diese „Zwischenfunktion“ zu übernehmen. Der migrantische

Bevölkerungsanteil etablierte sich jedoch zusehends, und aus „GastarbeiterInnen“ wurden WilhelmsburgerInnen. Insgesamt war die Bevölkerung erwerbsmäßig stark auf den Hafen ausgerichtet; mit dem Niedergang der Werften und dem zunehmenden Arbeitsplatzabbau im Hafen nahm ihre Verarmung in den 1980er Jahren zu. Die Bausubstanz verkam, das Image des Stadtteils war ganz unten: der Raum für den Rest – ein Auffangbecken für alles, was in der glänzenden Weltstadt störte, egal ob baulicher oder menschlicher Natur. Jede typische Hamburg-Karte machte das deutlich: der Stadtteil lag außerhalb des Kartenschnitts. Nichtsdestotrotz hat es auf der Elbinsel immer auch eine soziale Differenzierung gegeben: Einigen MigrantInnen gelang seit den 1960er Jahren ein gewisser sozialer Aufstieg, und es gab auch stets eine (kleine) Mittelschicht im Reiherstiegviertel und eine etwas größere im Wilhelmsburger Osten.

Welche Perlen auf der Schatzinsel indes schlummern, hat sich erst seit Baubeginn der im Grunde recht nah gelegenen HafenCity als Arbeits- und Wohnquartier mit Kreuzfahrtanleger für Spitzenverdienende und internationale Führungskräfte herumgesprochen: eine große Flussinsel mit vielen Altbauten aus der Gründerzeit im nördlich gelegenen Reiherstiegviertel sowie Natur- und Kulturlandschaft im Osten. Ein Ort mit vielen Wasserkanten und dem Hafen ganz nah: Maritimer Flair, Wohnen im Grünen; nun scheint vieles hier möglich. Die Zielvorgabe der aktuellen Hamburger Stadtentwicklungspolitik geht dabei auf die Vorstellungen des CDU-Senates von der „wachsenden Stadt“ im Jahr 2002 zurück. Bereits damals wurde der „Sprung über die Elbe“ als ein Ziel der Stadtentwicklung aufgeführt und war eng verzahnt mit der prestigeträchtigen Bewerbung um die Olympiade. Nach deren Scheitern erklärte man die Entwicklung des Süderelberaums aus sich heraus zum Ziel, und der „Sprung

Zum springen nah: die Baustellen der HafenCity jenseits der Elbe

über die Elbe“ bekam 2005 einen eigenen Stellenwert. Zu dessen Umsetzung brauchte man natürlich – nach dem Wegfall der Olympiade – noch einen „Motor“: eine Internationale Bauausstellung, eine festivalisierte Form von Stadtentwicklung, bot sich an.

Eingebettet in das allgegenwärtige Postulat von der gnadenlosen Standortkonkurrenz der Städte untereinander („Die Großstädte und Metropolen müssen sich in ihrer Entwicklung mehr und mehr auf die eigenen Kräfte besinnen, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Jede wird für sich ihren Weg finden müssen.“ – Memorandum zum „Sprung über die Elbe“ 2005, S. 19), wird formuliert, wo es auf der Elbinsel langgehen soll, um sich für diesen Kampf zu rüsten: „Die zentrale Lage südlich der Innenstadt nutzend, soll das […] Inselgebiet gezielt in das übergeordnete Stadtgefüge integriert werden. Das Potential der Lage am Fluss soll dabei als Standort-, Erlebnis- und Freizeitqualität zur Geltung kommen“. Zentrale

Impulse werden dabei von der Internationalen Bauausstellung (IBA) sowie der Internationalen Gartenschau (igs) erwartet, die beide 2013 abgeschlossen sein sollen und dann die durch sie geschaffenen Umstrukturierungen und Neubauten auf der Elbinsel einer breiten Öffentlichkeit „präsentiert" werden. Die Pläne werden durch eine Vielzahl von Maßnahmen und Investitionen flankiert, die die angestrebte Aufwertung des Stadtteils stimulieren sollen. Sie lassen sich schematisch wie folgt skizzieren:

- **Imageproduktion**

  Negierung realer Problemlagen: statt Armut und Umweltbelastung, ökonomischer wie sozialräumlicher Ausgrenzung -> Betonung urbaner Vitalität und ländlicher Idylle („Pulsierendes Reiherstiegviertel", „Größte Flussinsel Europas")

- **Ansiedlungspolitik**

  verbilligter Wohnraum für StudentInnen, die als kreativer Faktor und als zukünftiges Potential („Pioniere") für die Imageproduktion im Stadtteil gesehen werden (in Kooperation mit der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt)

- **Stadtteilmarketing**

  Veranstaltungen und Happenings im Rahmen des IBA-Kultursommers, Trimmen der Gewerbestruktur und ihres Angebots auf die Bedürfnisse und Lebensstile zukünftiger Bewohnergruppen (Galerien, schicke Cafés etc.)

- **Leuchtturmprojekte**

  Neubauten und Modernisierungen (z.B. „Neue Mitte Wilhelmsburg", „Neue Hamburger Terrassen", „Veringhöfe", „Weltquartier")

Zielvorgabe ist eine erfolgreiche Vermarktung des Stadtteils bei Betonung der sogenannten „weichen Standortfaktoren“ wie Wohn- und Freizeitqualitäten. Dies geschieht in paternalistischer Manier an einem Teil der bisherigen BewohnerInnen vorbei: Stadt als Beute – Stadt als Ware. Einkommenschwächere bleiben im Zweifelsfall auf der Strecke, und das ist politisch auch durchaus so gewollt, gilt es doch eine aus unternehmerischer Sicht „attraktive“ Mischung der zukünftigen Bewohnerschaft herzustellen.

Allerdings ist die städtische Politik kein Monster, das sich über alles hinweg wälzt und sich nicht aufhalten lässt. Ob die geschilderten Pläne realisiert werden oder nicht, ist nicht zuletzt eine Frage des Widerstandes. Sogar die durch die „Gentrifizierung“ selbst erzeugte Aufmerksamkeit ist für die Regierenden zweischneidig, denn sie legt nahe, auch über alternative Entwicklungen nachzudenken. Schließlich wirft Hamburg – eine der reichsten Städte Europas (gemessen am Bruttoinlandsprodukt und dem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung) Ressourcen auf einen Stadtteil, der bislang von all dem Reichtum nicht viel hatte. Die Frage, wem die Stadt gehört, kann auf unterschiedlichen Wegen artikuliert werden. So können künstlerische Projekte der Inwertsetzung des Stadtteils dienen, aber sie können auch die Art der Verwendung der städtischen Ressourcen thematisieren. Die „Bildungsoffensive“ kann ungewollt dazu beitragen, den Bildungsnotstand offen zu legen. Die „Multi-Kulti-Aktionen“ denunzieren sich durch den existierenden Rassismus und fordern zu dessen Bekämpfung heraus. Insgesamt ist die Imagepflege für die dominierende Politik und Stadtplanung nicht ohne Risiko. Das Licht, das auf Wilhelmsburg geworfen wird, lässt sich brechen.

Gestaltungswünsche und industriell geprägte Realität: Parkanlage am Veringkanal mit den Nordischen Oelwerken

Kleine und große Fische – zur Rolle des Wohnungsbauunternehmens SAGA-GWG

Für ein besseres Verständnis der aktuellen Aufwertungsprozesse in Wilhelmsburg gilt es einen Blick hinter die Fassaden zu werfen, die im Rahmen der Politik von Senat und IBA aufgebaut wurden. Denn wenn es darum geht, wer über die Entwicklung der Mieten und des sozialen Wohnungsbaus bestimmt, dann ist die IBA nur ein kleiner Fisch. Wirklich bedeutsam sind hier die großen Wohnungsbaugesellschaften. Die mit Abstand bedeutendste – sozusagen ein wirklich großer Fisch – ist die SAGA-GWG.

SAGA heißt eigentlich „Siedlungs-Aktiengesellschaft Altona". Wie bei der GWG, mit der sie seit 2007 einen integrierten Konzern bildet, handelt es sich um eine ehemals gemeinnützige Gesellschaft, mit der die Städte Altona und später Hamburg dereinst den Mietwohnungsbau steuern wollten, um die oftmals katastrophalen Wohnverhältnisse der Arbeiterschaft zu verbessern. Dass die GWG sich heute nicht mehr wie früher „gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft", sondern schlicht „Gesellschaft für Bauen und Wohnen" nennt, spricht Bände: die Gemeinnützigkeit spielt keine große Rolle mehr. Heute geht es in erster Linie um die profitable Verwertung von Immobilien. Die SAGA-GWG ist stolz darauf – so in ihrem Geschäftsbericht für 2007 nachzulesen – im Vergleich zu anderen im Besitz der Stadt befindlichen Konzernen überdurchschnittliche Gewinne zu erzielen. Der bisherige Rekord konnte 2007 verbucht werden, als sich die Stadt Hamburg über fast 100 Millionen Euro plus (vor Steuern) freuen konnte. Mit ihren rund 130.000 Wohnungen und rund 300.000 MieterInnen ist die SAGA-GWG das zweitgrößte Wohnungsbauunternehmen in Deutschland.

Vermieter „mit sozialem Auftrag“: SAGA-Wohnblöcke am Berta-Kröger-Platz

Auch auf der Elbinsel ist die SAGA die Größte: über 21.000 Wohnungen besitzt sie „im Süden“ (Harburg/Veddel/Wilhelmsburg). Die Saga funktioniert im Prinzip wie ein privates Unternehmen. Dies ist besonders bitter, befindet sie sich doch zu 100% im Eigentum der Stadt, sollte also zumindest auf dem Papier am Gemeinwohl interessiert sein. Zwar behaupten die SAGA und die für sie politisch Verantwortlichen auch immer wieder, einen sozialen Auftrag zu erfüllen. Tatsächlich jedoch nimmt der Anteil der Wohnungen, die aus der Sozialbindung herausfallen, (nicht nur) im Bereich der SAGA seit vielen Jahren zu. Gezielt werden zudem besonders interessante Objekte in Eigentumswohnungen umgewandelt und gewinnbringend veräußert.

Die Behauptung, die SAGA-Politik würde „nicht zur Verdrängung von weniger finanzkräftigen MieterInnen führen“, ist also mit äußerster Vorsicht zu genießen. In einigen Stadtteilen (Barmbek-

Süd) versucht sie in letzter Zeit Mieterhöhungen von rund 30% durchzusetzen. Und bei der Aufschickung der Elbinsel ist die SAGA mittenmang dabei.

Wie ein Blick in die jüngere Geschichte der Sanierungspolitik in Deutschland zeigt, gibt es kaum Sanierungsprojekte, die nicht – zumindest partiell – zur Verdrängung der BewohnerInnen führen. So wurde beispielsweise Mitte der 1980er Jahre mit der aus öffentlichen Mitteln finanzierten sogenannten „Behutsamen Stadterneuerung" in Berlin-Kreuzberg die Sanierung, als Reaktion auf die beispiellose Welle von Hausbesetzungen und MieterInnenprotesten in den frühen 1980er, sozialverträglich gestaltet. Selbst dadurch konnte eine partielle Verdrängung der angestammten Bewohnerschaft jedoch nur bedingt aufgehalten werden. Bereits eine Dekade später zeigten sich bei der Sanierung der innenstadtnahen Altbauquartiere in Ostberlin (die in Zeiten des Neoliberalismus natürlich privat finanziert wurde) die Verdrängungseffekte dann in Reinform: In verschiedenen Gebieten der Stadtbezirke Prenzlauer Berg, Mitte und Friedrichshain wurde die Bevölkerung durch Sanierung/ Modernisierung de facto ausgetauscht.

Und in Hamburg-Wilhelmsburg tut speziell die SAGA im Grunde wenig dafür, dass ihre Politik nicht zur Ausgrenzung führt. Es fängt an mit dem sich hartnäckig haltenden Gerücht, dass man sich als Hartz IV-Empfänger bei der SAGA sehr lange anstellen kann und der/die SachbearbeiterIn immer wieder behauptet: „Es gibt zur Zeit keine freien Wohnungen", während es mit einem entsprechenden Einkommensnachweis dagegen sehr schnell geht. Die SAGA hat zwar offiziell den Auftrag von der Stadt, besonders einkommensschwächere Menschen unterzubringen – andererseits werden solche Personen wegen geringster Mietsschulden aus ihren Wohnungen geklagt. Hier zeigt sich

der unauflösbare Widerspruch zwischen unternehmerischer Führung und haushaltspolitischer Funktion einerseits und sozialem Auftrag andererseits.

Die volle Härte der Sanierungspolitik der SAGA dabei wird im Quartier „Weimarer Straße“ deutlich (auch bekannt als IBA-Projekt „Weltquartier“ – siehe den nachfolgendes Kapitel): Aus Gründen der Imagepflege wird eine „Beteiligung“ der MieterInnen am Umbau des „Weltquartiers“ postuliert. In der Praxis werden allerdings weder gesetzlich festgeschriebene Mieterrechte noch Ankündigungsfristen für Modernisierungsmaßnahmen beachtet. Auf Proteste und Unmut wird fahrig und bislang mit unzureichenden Zugeständnissen reagiert. Beteiligung endet immer dort, wo soziale und rechtliche Ansprüche seitens der BewohnerInnen formuliert werden. Nicht ganz zufällig bezeichnen MieterInnenvereine die SAGA auch als „den unsozialsten Vermieter Hamburgs“.

Weimarer Straße – die IBA, die SAGA und ihr „Weltquartier“

Das als „Weltquartier“ betitelte Viertel ist eine Siedlung von einfachen drei- bis viergeschossigen Rotklinkerbauten aus den 1930er Jahren, die ursprünglich als Mietskasernen für die ArbeiterInnen in der expandierenden NS-Rüstungsindustrie gebaut wurden. Seinen neuen kosmopolitischen Namen trägt das Quartier, seitdem die Eigentümerin SAGA und die ebenfalls städtische IBA gemeinsame Sache machen. Ursprünglich wollte die SAGA die jahrzehntelang vernachlässigten und zum Teil extrem maroden Zeilenbauten zwischen Rotenhäuser Straße, Weimarer Straße und Neuhöfer Straße im Alleingang sanieren. Das Projekt wurde aber immer wieder verschoben – es fehlte

Heisst jetzt „Weltquartier“: ein Teil der vielen Backstein-Zeilenbauten aus den 1930ern im südlichen Reiherstiegviertel

aus Sicht der SAGA an einem passenden Förderprogramm, durch das genügend Sanierungsmittel zusammengebracht werden konnten. Denn trotz der Überschüsse, die die SAGA erwirtschaftet, können staatliche Fördermittel – obwohl immer an Bedingungen wie Mietpreisbindungen, energetische Standards etc. geknüpft – natürlich nicht links liegen gelassen werden. Als der Senat dann im Zuge seiner Aufwertungspläne für das Hamburg südlich der Elbe zum großen Stadtentwicklungsfestival IBA blies, war das richtige „Investitionsklima“ geschaffen. Ein an sich einfaches Sanierungsvorhaben musste nur noch den formalen Anforderungen der IBA Hamburg (sog „Exzellenzkriterien“) angepasst werden: Dazu gehören solche Begriffe wie Multi-Talentiertheit (Verbindung der IBA-Leitthemen „Stadt im Klimawandel“, „internationale Stadtgesellschaft – Kosmopolis“, „Stadtränder in der Stadt – Metrozonen“), Prozessfähigkeit („Das Projekt soll sich verändernden Rahmenbedingungen anpassen können“) oder Präsentierbarkeit („Es spielt auch die Erlebnis-Note eine Rolle“). Außerdem muss das Projekt bis zum “Präsentationsjahr“ der Bauausstellung im Jahre 2013 realisierbar sein.

Wer die Werbematerialen und Veröffentlichungen der IBA Hamburg GmbH ansieht, merkt schnell, wie besorgt man um die Einbindung aller Beteiligten zu sein scheint. Mehr noch: die BewohnerInnen selbst seien es, die hier planen, statt „beplant“ zu werden, Zitat: „Sie planen in eigener Sache – und im Dialog mit den Fachleuten der IBA.“ Eigenartig, dass solche Formeln zwar in den Überschriften der Veröffentlichungen zu finden sind, aber keinen expliziten Eingang zum Beispiel in die eben erwähnten Kriterien gefunden haben, die über die Auswahl der Projekte entscheiden. Trotzdem beginnt die IBA-Darstellung des Projektes „Weltquartier“ mit der Behauptung: „Bewohner aus 31 Ländern gestalten ihr Quartier“.

„Heimatforschung“ statt Demokratie

Aber was steckt hinter dieser „Gestaltung“? Auch da hat man sich etwas einfallen lassen. Von einem der vielen Subunternehmen der IBA namens „superurban“ beauftragte „Heimatforscher“ zogen durch das Viertel, befragten die BewohnerInnen zu ihrer Vorstellung von „Heimat“ und fotografierten einige Leute. Später wurde ein zweitägiges Sommerfest veranstaltet, bei dem Wünsche auf Kärtchen notiert und „Visionen aus Papier und Buntstift“ produziert wurden. Dies alles förderte tatsächlich Wünsche zu Tage, die sich prima bebildern ließen. Gegen viele dieser Wünsche ist nichts einzuwenden, denn sie spiegeln ja durchaus die Defizite wieder, die sich aufgrund der Vernachlässigung des Quartiers über mehrere Jahrzehnte hinweg angesammelt haben. Wer hat zum Beispiel etwas gegen „neue Spielgeräte“ angesichts dessen, dass die Lebensbedingungen der Kinder vor Ort oft sehr würdelos sind? Von den Verantwortlichen lächerlich gemacht wurde dagegen der Wunsch, dass es keine Mieterhöhungen geben soll, der bei einer Veranstaltung von einer Mieterin geäußert wurde.

Der zweite Schritt war dann, dass das von der IBA beauftragte Subunternehmen „Schwerpunkte“ herausfischte, die aus dieser „Planungswerkstatt“ angeblich hervorgegangen sein sollen: die Aufwertung des Weimarer Platzes, den Abriss des Garagenhofs, die Integration des Gewerbegebiets und – nicht zuletzt – die räumliche Betonung der Verbindung zum Gelände der „Internationalen Gartenschau“. Letzteres ist ein Problem, das im Alltag der BewohnerInnen des “Weltquartiers“ sicherlich nur einen sehr kleinen Raum einnimmt, während etwa der gewünschte sichere Übergang über die verkehrsreiche Neuhöfer Straße zum Haus der Jugend (handelt es sich doch um eine viel genutzte „Vorbehaltsstraße“ für den Container-Lastverkehr aus dem Hafen) in der Darstellung der Ergebnisse

für weniger bedeutend gehalten wurde. Aus der sehr selektiv wahrgenommenen Wunschliste der BewohnerInnen wurde so ein Programm, dass nicht ganz zufällig zu den „Ideen“ von IBA und SAGA passt und seinerseits die Grundlage eines städtebaulich-architektonischen Wettbewerbs bildete, der für den Umbau des Viertels von SAGA und IBA ausgelobt wurde. An diesem Wettbewerb nahmen 20 Planungs- und Architekturbüros teil, die wiederum Vorschläge lieferten, die in verschiedenen Variationen die geforderten räumlichen wie baulichen Umstrukturierungen bedienen: die Grün- und Freiräume sollen umgestaltet, die Gebäude wärmeisoliert werden. Durch vor die Gebäude gestellte Stahlkonstruktionen soll zusätzliche Wohnfläche entstehen, zum Teil sollen mehrere kleinere Wohnungen zu wenigeren und größeren Wohnungen zusammengelegt werden. Der schließlich prämierte Entwurf reduzierte dadurch die bisherige Anzahl an Wohneinheiten im Viertel von 820 auf 675, was wiederum zur Folge hat, dass sich der Wohnungsbestand in einem Wohnungssegment mit ehedem relativ preiswerten Mieten um rund 20% verringert.

Alles in allem hat dies wenig mit Demokratie und viel mit Imagepflege zu tun: weder hat sich ein im Sinne von Repräsentativität nennenswerter Anteil der BewohnerInnen an dem Verfahren beteiligt, noch hatten diejenigen, die sich beteiligt haben, am Ende wirklich etwas zu sagen. Die „Heimatforschung“ war nicht mehr als Schmuck für das, was SAGA und IBA letztlich vor Ort erreichen woll(t)en: Man nennt so etwas im Sprachgebrauch der Planer „Akzeptanzbeschaffung“.

Schöne Worte – bis der Bagger kommt

Seit Herbst 2008 halten nun Bauarbeiten die BewohnerInnen des Viertels auf Trab. Den Anfang der Sanierungsmaßnahmen

machen die Bauten am südlichen Ende der Weimarer Straße, die bezeichnenderweise nicht Teil des Wettbewerbsgebietes waren und auch nicht so umfassend saniert werden, wenngleich zum Beispiel mit vorgestellten Balkonen doch beträchtliche Änderungen vorgenommen werden. Die umfangreichen Bauarbeiten finden in bewohnten Wohnungen (!) statt, obwohl Mietrecht und Baugesetz hier zum Wohle der BewohnerInnen Anderes vorsehen. Einige MieterInnen sind bereits ausgezogen. Die Verbliebenen schildern unerträgliche Bedingungen: für jeweils zwei bis drei Wochen mussten sie während der Wintermonate in vor den Gebäuden aufgestellte Dusch- und Badcontainer ausweichen, die sie sich mit im Schnitt neun Mietparteien zu teilen hatten. Während die Leute wohnen, werden die Bäder saniert und mit schwerem Gerät Stahlkonstruktionen für die Balkone in den Grünstreifen vor den Häuserblöcken montiert. Von Mietminderungen ist seitens der SAGA natürlich nicht die Rede – sind doch viele der BewohnerInnen mit dem Mietrecht (noch) nicht vertraut.

Derweil werden in den ersten betroffenen Blöcken der Weimarer Straße die Vorbereitungen getroffen, ab Anfang 2009 das Wettbewerbsergebnis umzusetzen. Weil dies noch weitaus umfangreicher an die Substanz der Gebäude geht, werden die MieterInnen „umgesetzt“. Die MieterInnen sind dabei rein rechtlich gesehen in einer relativ guten Position, da die SAGA auf deren Kooperation angewiesen ist. Sie hat nämlich an sich keine rechtlichen Mittel, umzugsunwillige MieterInnen hinauszuwerfen. Sie muss ihnen entsprechende „Angebote“ machen, um die Wohnungen frei und bereit für die umfangreichen Modernisierungen zu machen. Dabei wird aber von Seiten der SAGA offensichtlich darauf spekuliert, dass sich ihre MieterInnenschaft mit allem abfindet und spart bei den „Angeboten“ entsprechend ein, und schnell

Neues Gesicht: Die Hausnummern 112 - 120 haben Wintergärten bekommen

soll es auch noch gehen: Besonders die MieterInnen größerer Wohnungen berichten, dass die SAGA völlig unzureichende Ersatzwohnungen anbietet. MieterInnen berichten von enormen Druck, dem sie sich von SAGA-VertreterInnen ausgesetzt fühlen, jetzt doch endlich auszuziehen. Doch nicht alles wird hingenommen. Unzufriedenheit macht sich breit, wodurch sich die ab Januar 2009 geplanten Baumaßnahmen bereits verzögert haben und die SAGA in weiteren Abschnitten offenbar etwas vorsichtiger vorgeht. Zum Teil werden (allerdings wiederum aus der Perspektive der MieterInnenrechte völlig unzureichende) finanzielle Hilfen (Umzug, Renovierung, Ersatz für Einbauten) angeboten sowie viele BewohnerInnen in den umliegenden (eher ärmeren) Quartieren untergebracht. Leider haben einige MieterInnen angesichts des wachsenden Drucks neue Mietverträge unterschrieben, womit sie sich selbst eine günstige Position gegenüber der SAGA genommen haben. Wir raten: sich zusammentun, absprechen, gemeinsam verhandeln,

nichts unterschreiben. Dass Widerstand etwas nutzt, zeigt sich aktuell daran, dass die SAGA von Block zu Block größere Schwierigkeiten bekommt, ihr Programm ohne Zeitverzögerung und größeren Kostenaufwand (sprich: besseren Bedingungen für die Betroffenen) umzusetzen!

Umzugshilfen und Entschädigungen, etwa für mietereigene Einbauten etc., stehen den MieterInnen in vollem Umfang zu. Eine Modernisierung ist nur dann legal, wenn dem/der MieterIn eine vergleichbare Umsatzwohnung für die Zeit der Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt wird und anschließend die zuvor bewohnte Wohnung wieder zur Verfügung gestellt wird (der Mietvertrag gilt!). Zwingend erforderlich ist es, dass mindestens drei Monate vor Beginn von Baumaßnahmen detaillierte Informationen über die geplanten Veränderungen, die Höhe der zukünftigen Miete usw. zugestellt wurden (sog. „Modernisierungsankündigung"). Ein Umbau (Grundrissveränderung) ist keine Modernisierung, und der/die MieterIn muss diese nicht akzeptieren. Im Zweifel sollte man den Mieterverein fragen!

Wir vermuten, dass es zu Ungleichbehandlungen kommen wird: wer gut verhandeln kann, bekommt mehr. Wer einen schlechten Rechtsstatus hat (siehe den Abschnitt zu Migration), hat eine ungleich ungünstigere Verhandlungsposition. Während eine Mieterin berichtete, dass die SAGA den Umzug nicht nur vollständig bezahlte, sondern auch organisierte, mussten andere sich lange bemühen, um einen völlig unzureichenden Umzugskostenzuschuss zu erhalten. Wer weiter fragt, bekommt noch mehr Geschichten zu hören: etwa, dass die BewohnerInnen vor Beginn der Umsetzung ihren alten Mietvertrag abtreten sollen, also nach Beendigung der Baumaßnahmen keinerlei Rückkehrrecht in die „alte" Wohnung besitzen, sondern sich im

Prinzip wie Neumieter bei der SAGA bewerben müssten. Auch steht zu vermuten, dass Hartz IV-EmpfängerInnen in diesem Zusammenhang benachteiligt werden. Auf die SAGA muss Druck ausgeübt werden, damit sie sich diese Art der Sanierung im Holzfäller-Stil nicht weiterhin leisten kann. 2010 soll auf dem so genannten „Weimarer Platz“ eine IBA-Präsentation stattfinden. Bis dahin sollte der Druck für einen würdigen Umgang mit der im Quartier Weimarer Straße wohnenden Bevölkerung steigen!

Weniger und teurer: Der Wohnungsbestand nach der Sanierung

All dies lässt nur einen Schluss zu: die SAGA will aus Gründen der Prozessvereinfachung kräftig durchsanieren. Sie meint sich dies leisten zu können, weil sie hier mit einer bestimmten Mietklientel zu tun hat: Menschen, von denen die Bürokratie annimmt, dass sie über wenig Handlungsspielraum, wenig Wissen um Mietrecht und beschränkte Artikulationsmöglichkeiten verfügen. Die von der SAGA praktizierte Bearbeitung der von Sanierung betroffenen MieterInnen als „Einzelfälle“ wirkt zusätzlich stark selektiv, denn so werden die unterschiedlichen persönlichen Ressourcen der MieterInnen in der direkten, „vertraulichen“ Verhandlung mit dem Vermieter ausschlaggebend.Und so können wir uns bereits jetzt ausmalen, wer in diesem Viertel wohnen bleiben und in die frisch sanierte Wohnung zurückziehen darf und wer nicht. Für alle wird der Platz auf gar keinen Fall reichen, denn das Programm reduziert schließlich erklärtermaßen die Anzahl der Wohneinheiten. Eine Verdrängung von Teilen der BewohnerInnenschaft ist also schon jetzt vorprogrammiert.

Wenig überraschend weichen die Vertreter der SAGA den Fragen nach dem Wegfall von rund 145 Wohneinheiten

denn auch aus. Ob das Viertel exakt nach diesem Entwurf umstrukturiert werden wird, könne man zum Zeitpunkt nicht sagen – was man der SAGA angesichts ihrer fahrigen Politik auch gerne abnimmt. Dass aber statt einer Antwort nicht einmal eine butterweiche Absichtsäußerung über die Lippen kommt, als städtischer, „sozialer" Vermieter möglichst keinen Wohnraum zu vernichten und zumindest den Bestand zu halten, spricht Bände. Stattdessen werde allen MieterInnen ein persönliches Angebot gemacht, heißt es. Wir haben es gesehen und verstanden: für einige wird das eine neue, sanierte Wohnung in ihrem Viertel bedeuten. Für andere wird dieses Angebot eine verschimmelte Wohnung ein paar Straßen weiter bedeuten und für wieder andere die „Versetzung" nach Kirchdorf-Süd, an den Adolf-Menge-Platz oder wo immer sonst existenzbedrohende Aufwertungsstrategien noch auf sich warten lassen.

Heute sind die Mieten im so genannten Weltquartier zwischen zehn und zwanzig Prozent unter den (laut SAGA) „voraussichtlichen" Miethöhen nach der Sanierung. Durch die Förderung der Wohnungsbaukreditanstalt kann danach nur in verhältnismäßig geringem Umfang zusätzlich erhöht werden. Doch die Behauptung, dies sei alles super-sozial ist dennoch mit Vorsicht zu genießen: Nur weil sich die örtliche Miete nicht den absolut unverschämten und exorbitanten Mieten anpasst, die sonst in der Hansestadt verlangt werden können, heißt das noch lange nicht, dass es sich um eine soziale Großtat handelt. In der Tat werden auch nach der Sanierung schon deshalb nicht die Yuppies ins Quartier ziehen, weil die Nordischen Oelwerke W. Carroux (örtlich auch „Katzenkocherei" genannt) und andere Betriebe nur wenige hundert Meter entfernt sind, Lärm machen und unerträglich stinken. Es handelt sich auch insofern im so genannten Weltquartier eher um einen langsamen und regulierten Ausgrenzungs- und Austauschprozess als um eine

Gentrifzierung, wie sie im nördlichen Reiherstiegviertel bei privat finanzierten Haussanierungen zu beobachten ist, wo die schönen Altbauwohnungen für sieben bis acht Euro Kaltmiete pro Quadratmeter mittlerweile schon zu Preisen weggehen, die sonst nur in zentraleren Lagen im Hamburg nördlich der Elbe gezahlt werden. An der südlichen Weimarer Straße ist so etwas nur dann möglich, wenn alle Besichtigungen bei Ostwind stattfinden. Bei Westwind riecht man die Oelwerke, und wir wünschen der IBA deshalb bei der Präsentation – von ganzem Herzen – Westwind! Was natürlich nicht heißt, dass die Belastung des Quartiers durch die Industrie zumutbar ist.

Die Rolle der Wohnungsbau-Genossenschaften

Die IBA behauptet gerne, im Stadtteil würde Aufwertung ohne Vertreibung praktiziert – eine ständig wiederholte Formel, nicht nur, wenn von InselbewohnerInnen besorgt nach der zukünftigen Entwicklung gefragt wird. Belegt wird die Behauptung durch den Verweis auf die SAGA und auf die vielen Genossenschaften, die ja allesamt nicht am Gewinn orientiert seien und denen zusammen die meisten Wohnungen im Stadtteil gehören. Damit seien moderat bleibende Mieten garantiert (z.B. IBA-Blick 4.08, S.3 – hier wird diese Behauptung sogar dem Bürgermeister in den Mund gelegt). Wir assoziieren sofort den schönen Spruch, den es an einem Haus in der Fährstraße zu lesen gibt. Er handelt vom Bauen ohne Gewinnabsicht.

Die Gründung der Baugenossenschaften meist durch Hafenarbeiter liegt über ein Jahrhundert zurück. Inzwischen haben sich die Dinge geändert. Gemeinnützigkeiten sind verloren gegangen, und auch die GenossInnen (die zwischenzeitlich in Genossenschaftsmitglieder umbenannt wurden) wissen nicht

„Sozialer Wohnungsbau heißt: Ohne Gewinnabsicht bauen“: Nicht nur die Verwitterung verrät es - ein Spruch aus vergangenen Zeiten

mehr, was Genossenschaften sind. Sie fragen beim Einzug, an wen sie denn Courtage und Kaution zahlen sollen. Im Gegenzug fassen Genossenschaftsvorstände ihre Betriebe zunehmend als gewöhnliche und somit gewinnorientierte Unternehmen auf – manche bauen mittlerweile Eigentumswohnungen. Der Zeitgeist der kapitalistischen Globalisierung hat sich durchgesetzt – „wachsen oder sterben“ scheint die Devise zu sein. Misswirtschaft aufgrund mangelnder Kontrolle ist zu verzeichnen oder auch die Lust am Spekulieren. Jedenfalls wird mehr Geld gebraucht: Die Mieten werden erhöht. Nach dem in Hamburg gültigen Mietenspiegel und der Rechtslage ist das ganz leicht – insbesondere wenn das Mietniveau bislang noch relativ niedrig liegt.

Der Mietenspiegel lässt sich als Instrument zur Begrenzung der Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt verstehen. Andererseits ist er aber auch ein Mittel, das zur Begründung der Erhöhungen dient. Denn der besondere Clou dabei ist:

Erfolgte Erhöhungen bilden sich in ihm ab und können dann zur Begründung weiterer Erhöhungen herangezogen werden. Somit sollte das Instrument Mietenspiegel grundsätzlich dem Genossenschaftswesen fremd sein. Denn die Wohnungsbaugenossenschaften dürfen keine Gewinne als Selbstzweck anstreben; sie gehören den Mitgliedern und dienen ihren Interessen. Theoretisch jedenfalls. Derzeit aber bedienen sich immer mehr Genossenschaften des Mietenspiegels als Begründung für Erhöhungsverlangen bzw. lassen sich nur noch durch die dort festgestellten Werte bremsen. Offenbar funktionieren innergenossenschaftliche Demokratien nicht mehr. Denn dass von den GenossInnen und damit also EigentümerInnen möglichst hohe Nutzungsentgelte gewünscht wären (als MiteigentümerInnen zahlen GenossInnen nämlich gar keine Miete!), ist kaum anzunehmen.

Die GenossInnen haben nur (noch) sehr indirekt Einfluss auf die Mietenpolitik. Häufig können sie nur (vom Vorstand vorgeschlagene) Delegierte wählen, die dann den Aufsichtsrat wählen, der dann den Vorstand wählt, der schließlich die Mietenpolitik festlegt. Somit ist alles demokratisch legitimiert, auch wenn sich der ursprüngliche Mitgliedswille – wenn er denn geäußert wurde – irgendwo auf der Strecke verliert. Und wer auf den Versammlungen mal eine kritische Frage stellt, wird schnell als Querulant gebrandmarkt. Eine im Stadtteil vertretene Genossenschaft geht sogar so weit, Mitglieder, die sich gegen Mieterhöhungen aussprechen, mit Sondermieterhöhungen zu überziehen, da sie sich „außerhalb der Gemeinschaft der Genossen“ stellen würden. Wobei die Mieterhöhungen teilweise ausdrücklich mit der aufwertenden Rolle der IBA begründet werden. Beschwerden über zunehmenden Eventlärm oder durch Partygäste mit Urin und Erbrochenem belegte Hauseingänge werden dagegen ignoriert. Die strukturellen und

praktischen Defekte der Genossenschaften sind Voraussetzung für das Mitwirken an dem von der IBA ausgerufenen Aufwertungsprozess.

Eine konkrete Geschichte möge der Anschauung dienen: Die Vereinigte Hamburger Wohnungsbaugenossenschaft VHW (durch Fusion aus Polizeigewerkschaftsbauverein Hamm-Geest und dem Wilhelmsburger Spar- und Bauverein von 1894 entstanden) ließ ihre bewohnten Häuser am Schlöperstieg verkommen und beschädigte sie schließlich aus Versehen. Die Lage am Rande des geplanten Gartenschaugeländes und somit des „Volksparks des 21. Jahrhunderts“ schien offenbar hochinteressant für ein Neubauvorhaben. Letzte widerständige MieterInnen fanden wenig Solidarität und gaben schließlich auf. Die Häuser wurden folgerichtig niedergelegt. Offenbar aus Finanznot (selbst verschuldet, wie zu vernehmen war) wurden die Grundstücke dann an den Bauverein Reiherstieg verkauft.

Ganz praktisch für die IBA: der BV Reiherstieg ist IBA-Partner und hat sich also verpflichtet, die IBA nach Kräften zu unterstützen. Dieses sollte durch Umsetzung des IBA-Projekts „Hamburger Terrassen“ geschehen, die als Wohnungsbau im zeitgenössischen Klötzchen-Design das Ideal vom Wohnen mit Blick auf den Park realisieren sollten. Dazu benötigte die Genossenschaft Geld. Parallel wurden dann Mieterhöhungsbegehren ausgesprochen: Im Reiherstiegviertel im Bereich der Fährstraße wurden die in drei Jahren gesetzlich maximal möglichen Erhöhungen von 20% voll ausgeschöpft: Hier ist die Nachfrage besonders groß, und damit sind wir wieder beim Thema – die Fährstraße ist die Hauptmeile der Gentrifizierung in Wilhelmsburg.

Der Bauverein sprang dann zwar von den „Hamburger Terrassen“ wieder ab (die IBA als Partner zu haben, scheint

nicht ganz einfach zu sein...), hielt aber an den Mieterhöhungen fest. Die Begründung war lediglich der Mietenspiegel. Nachträglich wurde auf kostenträchtige Maßnahmen der letzten Jahre verwiesen, die den ständig wachsenden Überschüssen allerdings nicht abträglich gewesen waren. Und es wurde von der Notwendigkeit, in den Bestand zu investieren, gesprochen. Damit dürfte das Fitmachen der Häuser an der Fährstraße für die vermuteten Bedürfnisse der zukünftigen finanzkräftigen WunschmieterInnen gemeint sein. Die sollen dann übrigens nochmals mehr zahlen als die AltmieterInnen. Denn bei Neuvermietungen gilt die 20%-Kappungsgrenze für Mieterhöhungen nicht, die Mieten können weitgehend frei festgesetzt werden. Allerdings können diese extra-hohen Mieten dann in den nächsten Mietenspiegel eingehen und so wiederum die nächste Erhöhungsrunde begründen.

MigrantInnen im Aufwertungsprozess

Eines der drei Kernthemen der IBA Hamburg nennt sich „Kosmopolis – internationale Stadtgesellschaft". Mit Recht, denn auf den Elbinseln ist die Internationalität der Stadtgesellschaft präsent. Die IBA behauptet nun, sich im Rahmen einer Bauausstellung in besonderer Weise mit Themen der Migration und der ethnischen Vielfalt im urbanen Kontext auseinanderzusetzen, Problemlagen darin zu erkennen und dafür auch Lösungen zu entwickeln. Es stellt sich dabei die Frage, auf welche Weise sie das tut.

Wer die Elbinsel über den Veddeler Bahnhof betritt, stößt zuerst auf die so genannte Ballinstadt. Das ist der Ort, von dem aus im 19. Jahrhundert Menschen aus Europa über Hamburg in andere Teile der Welt auswanderten. Historische Bilder zeigen Menschen, die ihr Geburtsland verließen, um ein

neues Leben woanders zu beginnen. HamburgerInnen und Auswärtige reisen nun zum Museum an. Sie zahlen einen für viele andere unerschwinglichen Eintrittspreis und schauen sich die Ausstellung an, diskutieren vielleicht über die Beweggründe der damals ausgewanderten Menschen und verlassen dann den Stadtteil über die Elbbrücken oder mit einem Boot über die Elbe.

Dieses Auswander-Museum ist nun zum vorzeigbaren Eingang für die Veddel und Wilhelmsburg geworden, für Stadtteile, in denen immer wieder auch über den hohen Anteil an MigrantInnen gesprochen wird. MigrantInnen sind Menschen, die aus unterschiedlichsten Motivationen aus einem Land aus- und in ein anderes einwandern, eben wie damals die Menschen in der Auswander-Stadt. Während das Museum das Interesse von BesucherInnen wecken soll, werden die in die umliegenden Stadtteile Eingewanderten mit ihren Interessen kaum ernst genommen und eher als Problem angesehen. Das Museum wird beworben, ohne dass eine Verständnis schaffende Verknüpfung zu den Einwanderungsmotivationen hier Lebender hergestellt wird. In der Öffentlichkeitsarbeit der IBA Hamburg GmbH wird das Negativbild der EinwohnerInnen migrantischer Herkunft nun vermehrt zur Schablone der kulturellen Vielfalt und Möglichkeiten gewendet. Doch die reale Politik, die mit nach Deutschland und Hamburg Eingewanderten betrieben wird, entspricht weder dem Prestige des Museums noch den bunten Bildern der IBA-Broschüren.

Der Blick der IBA auf MigrantInnen wird den verschiedenen Lebenslagen derer nicht gerecht, die irgendwann aus vielfältigsten Gründen ihr Herkunftsland verlassen haben, um hier neu anzufangen. Die IBA bietet keine Lösung für die meisten ihrer Probleme an, sie belässt es fast immer bei

Symbolpolitik und dem bloßen Appell an die „Humanressource“. Letztlich steckt dahinter die Ideologie, dass alle, die sich anstrengen, etwas werden können. Die Tatsache, dass es nicht an den Menschen selbst liegt, dass die soziale Situation, die Situation an den Schulen und so weiter für einen großen Teil der MigrantInnen schlechter ist als für andere hier lebende Menschen, liegt nicht an den Einzelnen, sondern ist ein Effekt einer seit langem existierenden systematischen Ausgrenzung. Genau das wird gerade in verschiedenen Quartieren auf der Elbinsel sehr deutlich, aber die IBA-Ideologie ignoriert es und setzt an dieser Stelle ein folkloristisches Wunschbild ein, dass nicht minder vorurteilsbeladen ist: von „kulturellen Bedürfnissen“ ist die Rede, und davon dass die Leute ihr „kulturelles Kapital“ einsetzen sollen, also ihre angeblich immer innewohnende, spezifisch „andere“ Kulturalität zu Markte tragen sollen, während die Probleme, die bereits angerissen wurden und in struktureller Benachteiligung und Ausgrenzung liegen, unausgesprochen bleiben – genauso, wie die Tatsache, dass die Benachteiligung der Elbinsel alle BewohnerInnen unabhängig von ihrer Herkunft trifft. Stattdessen wird – natürlich ganz positiv gemeint, weil rücksichtnehmend – ein Unterschied zwischen den WilhelmsburgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund gemacht.

Ein Unterschied, der sich aber in der Alltagsrealität nicht so präsent darstellt, wie in der akademischen Debatte, aus der die IBA-Poltik entstammt: Für viele BewohnerInnen der Viertel auf Wilhelmsburg ist der Umgang miteinander unabhängig von der ethnischen Herkunft eine Alltagspraxis, für sie bisher keine akademischen „Beziehungsratgeber“ brauchten und gucken sich nun verwundert an, was der Stadtentwicklungsfuzzi mit „interkultureller Kompetenz“ meint und was so besonders an ihrer Nachbarschaft sei. Kein Wunder,

Folklore und Heimatsuche: MigrantInnen als WerbeträgerInnen für die Beteiligungspolitik der IBA auf dem Plakat des „Weltquartiers“

wenn diese “Sonderbehandlung“ dann auch als Zumutung empfunden wird, wenn die seit Jahr und Tag in Wilhelmsburg lebenden MigrantInnen jetzt auch noch von den Gutmenschen daraufhingewiesen werden, dass sie so ganz anders seien (aber das dies ausnahmsweise mal total gut sei). Gleichwohl kann in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, dass rassistische Ressentiments der BewohnerInnen untereinander oft vorhanden sind. Ihnen wird aber sicher nicht auf IBA-Manier beigekommen.

Somit kann das Bild, dass die IBA von MigrantInnen entwirft, nur doppelten Hohn bedeuten: man nimmt sich den Problemen, die den Betroffenen wegen ihres Migrationshintergrundes in diesem Land tatsächlich gemacht werden nicht an, sondern projiziert auf sie stattdessen eine folkloristisch-kulturalistische Sichtweise, die weder der Alltagspraxis der Leute gerecht wird noch dazu geeignet ist, sie gleichberechtigt zu behandeln.

An dieser Stelle soll ein besonderes Augenmerk auf diejenigen gerichtet werden, die einer Mehrfachbelastung aufgrund geringer finanzieller Spielräume (Stichwort: ökonomische Ausgrenzung) sowie institutioneller und sozialer Ausgrenzung durch den vorherrschenden staatlichen wie gesellschaftlichen Rassismus ausgesetzt sind. Die Hamburger Politik ist seit vielen Jahren von den rassistischen Strukturen geprägt, die auch die bundesdeutschen Gesetze im allgemeinen prägen. MigrantInnen, die in Hamburg leben wollen, sind mit einem Berg von Regulierungen, Verboten und Bestimmungen konfrontiert. Ebenso begegnen sie einer gesellschaftlich verankerten rassistischen Grundhaltung vieler hier lebender Menschen. Durch die Nicht-Gewährung von Arbeitserlaubnissen und/ oder einen rassistisch aufgeteilten Arbeitsmarkt haben viele Migrierte extrem erschwerte Möglichkeiten, ihr Leben und eine Wohnung zu finanzieren. Dabei sind nach Schätzungen bis zu 100.000 Menschen in Hamburg ohne gültige Papiere. Sie gelten als illegal und haben somit kaum eine Chance, jemals einen offiziellen Mietvertrag zu unterschreiben.

Auch auf der Elbinsel leben neben MigrantInnen mit Aufenthaltsstatus nicht wenige illegalisierte Menschen – unter anderem auch deshalb, weil Wilhelmsburg lange Zeit als nicht verwertbar galt und Mieten aufgrund dieser angenommenen Unattraktivität, vernachlässigter Bausubstanz und einer hohen Anzahl an SAGA-Wohnungen im Stadtvergleich relativ günstig und im Gegensatz zu den klassischen Hamburger Innenstadtvierteln noch vergleichsweise bezahlbar waren. Besonders wichtig sind oft zudem die mit der Einwanderung entstandenen ethnischen Communities und lokalen Netzwerke, an die bei Bedarf leicht angedockt werden kann.

Aufgrund der oben geschilderten Schwierigkeiten, die die politische Struktur vorgibt, ist eine Verteuerung der Miete für MigrantInnen mit oftmals noch größerem Druck als für andere, mit deutscher StaatsbürgerInnenschaft ausgestattete WilhelmsburgerInnen, verbunden. Mietverträge können aufgrund eines unregelmäßigen Einkommens, fehlender Aufenthaltspapiere oder auch einfach aufgrund einer dem Vermieter nicht genehmen Herkunft oft nur schwer abgeschlossen werden. Zwar können Menschen ohne Papiere mitunter als polizeilich nicht gemeldete weitere Person in den Wohnungen von FreundInnen und Bekannten mit wohnen. Gerät ein solches Viertel indes verstärkt in den Blickpunkt öffentlichen Interesses (Behörden, Vermieter, Sanierung und damit verbundene Wohnungsbegehungen oder Baumaßnahmen etc.), sind illegalisierte BewohnerInnen verstärkt bedroht und müssen sich vielleicht neue Wohnorte suchen. Einige dieser Probleme treffen alle Menschen mit prekärem Einkommen unabhängig von Herkunft und Pass, doch bilden die rassistischen Strukturen eben eine Mehrfachbelastung. Wenn wir sagen, dass alle Menschen, die hier wohnen, soziale und politische Rechte, vor allem aber auch das Recht zu bleiben haben sollten, dann gilt das auch und gerade für die Gruppe der MigrantInnen.

Es bewegt sich etwas im Stadtteil

Nachdem nun Vieles über mögliche und reale Folgen des „Masterplans“ zur Stadtteilaufwertung und der Akteure bei der Verdrängung der bisher ansässiger BewohnerInnen geschrieben wurde, ist es uns ein Anliegen auf den veränderbaren Charakter von Plänen und politischen Programmen hinzuweisen. Die IBA, der Senat, die Projekte – alles in Stein gemeißelt, alles ein minutiös geplantes, durch und durch bösartiges Komplott, das sich genauso wie vorgesehen umsetzen lassen wird? Wohl kaum!

Die BewohnerInnen des Viertels lassen sich nicht einfach hin- und her sortieren oder gezielt als Manövriermasse einsetzen. Wir sind vielmehr handelnde Subjekte, die zwar immer mehr oder weniger auch selbst Teil der stattfindenden Prozesse sind, die aber dennoch widerständig sein können. Die Akteure haben ihre Pläne geschmiedet, viele davon widersprechen sich gegenseitig, da es unterschiedliche, sich teilweise ausschließende Interessen gibt. Einige Pläne sind wieder verworfen worden, weil sie als nicht umsetzbar oder nicht zweckmäßig eingeschätzt wurden. Die stattfindenden Prozesse sind offen und in ihrem Ausgang bisher nicht festgeschrieben. Dabei stehen Senat und IBA Hamburg GmbH unter dem Zeitdruck des „Präsentationsjahres“ 2013 (und zuvor bereits der „Zwischenpräsentationen“). Sowohl dieser Zeitdruck als auch die mannigfach zu Tage tretenden Widersprüche in ihrer eigenen Logik sind eine reale Chance für Widerstand.

Damit wären wir am Ende dieses Textes – und beim wichtigsten Thema. Wie können wir uns wehren? Was können wir tun? Welche Vorschläge haben wir? Widerstand kann auf vielfältige Weise ausgedrückt werden. Da oftmals schon das Nicht-Vertrautsein

Das wäre ein innovatives IBA-Projekt:
Vorschläge von BewohnerInnen im Sommer 2007

mit dem (Miet-)Recht eine Barriere darstellt, kann es Widerstand sein, sich gegenseitig über Mietrecht und Tipps zum Umgang mit den Vermietern zu informieren (nicht alles unterschreiben, sich Aussagen schriftlich geben lassen etc.). Widerstand kann gemeinschaftlich organisiert werden. Beispielsweise kann das kollektive Ablehnen von Mieterhöhungen oder ein gemeinsamer Besuch bei Hausverwaltung/Eigentümer der Vereinzelung von Problemen entgegenwirken. An zwei konkreten Orten haben sich in jüngster Zeit MieterInnen gemeinsam organisiert. Als Ausblick sollen diese beiden Beispiele kurz vorgestellt werden:

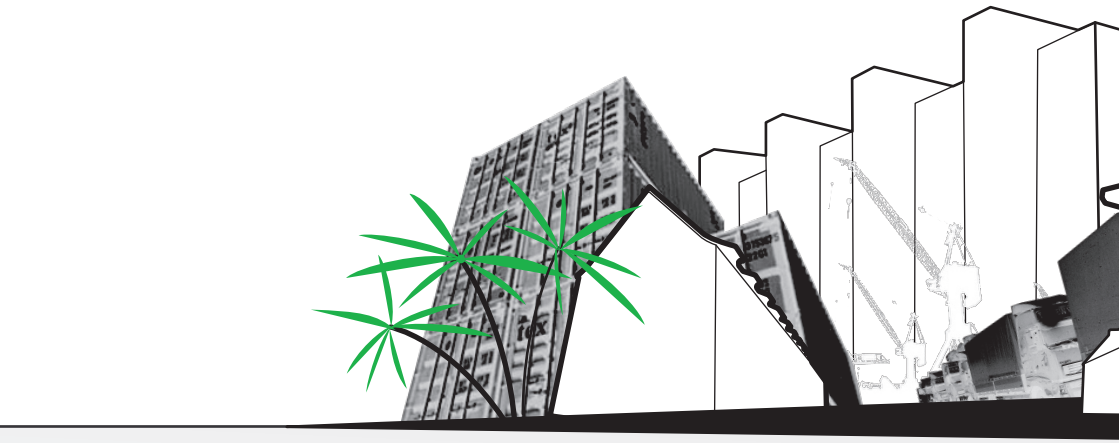
Im Reiherstieg widersprach eine MieterInneninitiative den durch die oben erwähnte Genossenschaft geforderten 20%igen Mieterhöhungen, organisierte MieterInnenversammlungen, informierte die örtliche Presse und durchleuchtete den eigenen Bauverein – wobei sich herausstellte, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats fast alle seit mindestens 20 Jahren im Amt sind, längst Häuser auf dem Lande bewohnen und in mehreren Fällen in geschäftlicher Beziehung zum Vorstand stehen. Der Bauverein sah sich genötigt zu reagieren: denjenigen, denen die 20% Mieterhöhung in einem Schritt aufgebrummt werden sollte, wurde ein zeitliches Splitten der Erhöhung angeboten. Diejenigen, denen die 20% aufgrund vorangegangener Mieterhöhungen „nur“ vollgemacht wurden, erhielten kein neues Angebot. Offenbar spekulierte der Vorstand auf eine Entsolidarisierung, wenn einem Teil der Betroffenen ein Zückerchen angeboten würde. Außerdem wurde eine „Garantie“ abgegeben, dass bis Ende 2012 keine weitere Erhöhung erfolgen werde, was gerade mal ein Jahr Vorteil gegenüber der gesetzlichen Sperrfrist darstellt und natürlich auch nur dann gilt, wenn der Erhöhung zugestimmt wird. Hier gilt es also nachzulegen.

Auch im Quartier Weimarer Straße finden in den letzten Monaten regelmäßig (zum Teil sehr gut besuchte) MieterInnenversammlungen statt. BewohnerInnen machen sich dort über ihre Rechte schlau, setzen sich gegenseitig über den Stand der Sanierungsplanungen, Entmietungen und weiteren Planungen der SAGA in Kenntnis. In vielen Fällen konnte der Vereinzelungsstrategie der SAGA durch gemeinschaftliches Auftreten Paroli geboten werden, in vielen Fällen haben sich MieterInnen schon durch widerständiges Verhalten überzeugendere Angebote eingeholt, einen würdigeren Umgangston erreicht und ihre Rechte als MieterInnen zurückgeholt.

Auch bei weiteren Wohnungsbaugesellschaften soll es schon Unmut gegeben haben. Wenn ihr aktiv werden wollt gegen Vereinzelung und Verdrängung im Rahmen der Stadtteilaufwertung, wenn ihr über eure Mieterhöhung wütend seid oder darüber, dass die Familie nebenan gerade von eurem Vermieter über den Tisch gezogen wird, dann kommt doch zu unserem offenen Treffen (siehe nächste Seite) oder kontaktiert uns über:

arbeitskreis.wilhelmsburg@web.de

Unser Ziel ist es, erste Ansätze der Organisierung zu unterstützen, indem wir über MieterInnenrechte aufklären und das Verdrängungs-Programm, das im Moment läuft, öffentlich bekannt machen. Es wäre schön, wenn die Miethaie am Ende einsehen müssten, dass sie uns unterschätzt haben! „Keine Chance gegen den mächtigen Vermieter“? Von wegen! Unser Motto: Nichts unterschreiben, sich erst informieren! Tut euch zusammen, allein machen sie dich ein! Denn die Insel gehört ALLEN, die darauf wohnen!

Herausgegeben vom
Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg (AKU)
Kontakt: arbeitskreis.wilhelmsburg@web.de
Web: www.aku-wilhelmsburg.blog.de
V.i.S.d.P.: Larissa Denk / Weimarer Straße 87 / 21107 Hamburg

Die Elbinsel verändert sich – wird nun alles bunt und schön? Was für Veränderungen finden statt? Werden tatsächlich die Probleme der hier Lebenden gelöst? Wer hat welche Interessen und welche Möglichkeiten?